



Wer die Rechtsstaatlichkeit verlässt, ist nicht solidarisch, sagte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn (links) am Donnerstagabend in der Alten Aula über die Kooperation in der EU – im Gespräch mit den Politologen Andreas Schedler und Oliver Schlumberger (Mitte). Bild: Franke

Demokratie nicht mehr sicher

EU-Politik Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn war auf Tübingen-Besuch. Für Europa erwartet er neue Impulse nach der Bundestagswahl. Von Dorothee Hermann

Jean Asselborn ist bekannt für offene Worte. Am Donnerstagabend war der luxemburgische Außenminister, seit 2014 zudem Minister für Immigration und Asyl, Ehrengast beim Auftakt der „Tübinger Demokratiegespräche“. Der 68-Jährige gehört der Sozialistischen Arbeiterpartei seines Landes an. Mit der Veranstaltungsreihe wollen Tübinger Politikwissenschaftler über „Substanz und Zukunft der Demokratie“ nachdenken, die unter Druck zu geraten scheine, so Prof. Oliver Schlumberger vor 140 Zuhörern in der Alten Aula. „Was können wir tun? Als Bürger, als Wissenschaftler, als demokratische Staaten?“

Asselborn ist eben aus Kuba zurückgekehrt, wo der Dialog über Menschenrechte „sehr schwierig“ sei. „Steigt man aus dem Flugzeug, erfährt man, was in Ungarn los ist. Die Justiz ist dort nicht unabhängig. Die Pressefreiheit besteht nicht mehr.“ Auch in Polen seien Justiz und Presse „blockiert“, kritisierte der Minister. Die politische Macht

liege in den Händen von Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski. All das macht Asselborn wütend: „Europa ist ein Konstrukt, das Sorgfalt verlangt. Das darf nicht kaputtgemacht werden.“

Von der Bundestagswahl im September erwartet der Luxemburger nicht, dass sich die Beziehung Deutschlands zur Europäi-

„Europa ist ein Konstrukt, das Sorgfalt verlangt.“

Jean Asselborn, Außenminister

schen Union (EU) danach ändert: „Egal, ob der eine oder der andere gewinnt.“ Nach der Wahl müssten die EU-Länder sich zusammensetzen und überlegen, „was wir für Europa wollen“. Wer das nicht will, solle „auf Kriechspur“ gesetzt werden. Asselborn ist überzeugt, dass in Zukunft bei der europäischen Finanzplanung auch Werte-Kriterien eine Rolle spielen, und es nicht

heißt: „Du bist jetzt EU-Mitglied. Egal, was du machst, das Geld fließt.“ Wenn die EU als Solidargemeinschaft und Friedensprojekt bestehen solle, „kann man diese Solidarität nicht wie eine Wurst in Stücke schneiden“ – aufgespalten in Finanzen, Sicherheit, Migration. „Wenn man die Rechtsstaatlichkeit verlässt, ist man nicht solidarisch.“

Als der luxemburgische Sozialist 2004 Außenminister wurde, sah die Welt hoffnungsvoller aus, sagte er. Der Irakkrieg war beendet: „Man hoffte, es entsteht Stabilität.“ Damals dachte der Außenpolitiker, 2015 wären alle Balkanstaaten in der EU. Zwischen Russland und den USA habe Tauwetter geherrscht. Nun sind die Gespräche seit Jahren ausgesetzt. „Eine Verkrampfung zwischen den USA und Russland schadet immer der EU.“

Als Politiker, der sich „dauernd im Getümmel der Außenminister“ bewegt, fand Asselborn es „erfrischend“, in Tübingen mit Menschen aus der Zivilgesellschaft zusammenzutreffen.

Der Demokratie- und Autoritarismusforscher Prof. Andreas Schedler sagte, die Welt sei demokratischer als noch vor 40 Jahren. Dennoch seien Demokratien mit der „Aushöhlung durch illiberale Regierungen“ konfrontiert. „Sie gehen schrittweise vor“, so Schedler. Zunächst sicherten sie sich eine parlamentarische Mehrheit, entmachteten dann den obersten Gerichtshof und gingen schließlich gegen Zivilgesellschaft und Medien vor, sagte Schedler mit Bezug auf Ungarn und Polen. US-Präsident Donald Trump zeige, „dass Demokratie nicht einmal in ihrem Geburtsland mehr sicher ist“.

Schedlers Einschätzung nach „übersieht die Europäische Union gern Trends der demokratischen Erosion“ und arrangiert sich mit Regimen. Beispielsweise für Syrien „galt lange der Grundsatz: Jedes Regime ist besser als kein Regime“. Beliebteste Entwicklungshilfepartner in Afrika seien Äthiopien, Uganda und Ruanda, allesamt „fest installierte Wahlauskokratien“.